aktion arme welt

Rundbrief | Sommer 2021 — 7. Juni 2021

Liebe AAW-ler*innen,

Niemand kann allein eine Sinfonie spielen.
Dafür braucht es schon ein ganzes Orchester. Halford E. Luccock

Liebe AAW´ler

allein können wir wenig bewirken, im Zusammenspiel jedoch sehr viel. Der Satz gefällt mir, da er ausdrückt, wieviel Kraft in unserem gemeinsamen Treffen im Herbst steckt. Hoffentlich klappt es, dass wir uns alle treffen können und eine kleine „Sinfonie“ erklingen kann.
Meldet Euch am besten gleich bei Rainer für unser Wochenende vom 15.-17. Oktober auf dem Michaelsberg an.
Anbei der Rundbrief mit der Anmeldung fürs Wochenende, verschiedenen Anträgen, einem Bericht zum Projektstart in Ghana und einem Update der politischen Forderungen von Fairtrade.

Ich hoffe, dass viele teilnehmen können und wir uns sehen bzw. hören können!?
Ich wünsche Euch viel Freude beim Lesen.

Herzliche Grüße, seid gesegnet und behütet

Liebe Grüße
Melanie

Inhalt

Inhalt	S. 1
Anmeldung Jahrestreffen	S. 2
Bericht zum Projektstart in Ghana	S. 3
Antrag Adep (Rainer)	S. 4
Antrag Afghanistan (Susanne)	S. 10
Antrag Puriskiris, Bolivien (Volker)	S. 17
Antrag Libanon (Muriel)	S. 23
Update der politischen Forderungen von Fairtrade	S. 31
Finanzierungsplan Schulbildung Bekaa-Ebene Libanon	S. 37

Termine, Rundbriefe, Konten etc.

Rundbriefe 2021:

Weihnachten: Einsendeschluss 31.11.2021
Dorothea Graf; letzte Gelegenheit Projektvorstellung
Haldenweg 19, 72138 Kirchentellinsfurt
→ *doro.graf@gmx.de*

Newsletter Finalisierung

Auf Anregung von Christian können zukünftig die fertigen Texte (als PDF oder Word) vom Rundbriefersteller elektronisch an Björn Biberich, der für das Marketing in dessen Firma „Flotte Karotte“ zuständig ist, geschickt werden und der macht dann einen schönen Rundbrief draus.
→ *marketing@flottekarotte.de*

Übrigens:
Neue Themen im Newsletter sind ab jetzt über die gelbe Markierung im Seitenheader zu erkennen.

Jahrestreffen 15. bis 17. Oktober auf dem Michaelsberg

Anmeldung zum Jahrestreffen in Zeiten von Corona-Pandemie

Auch in diesem Jahr kennen wir die Situation im Herbst noch nicht. Deshalb gilt wieder alles mit Vorbehalt. Ich gehe aber davon aus und hoffe auch sehr, dass wir uns wieder auf dem Michaelsberg sehen können.

Deshalb bereiten wir uns mit dem bewährten Anmeldeverfahren darauf vor. Wir vermeiden die Ausfallgebühren und bleiben so im Kostenrahmen.
Die Anmeldung erfolgt auf eigenes Risiko. Wenn von Seiten des Jugendhauses keine Kosten entstehen werde ich die Beträge zurücküberweisen.

Auch für die Anmeldung 2021 gilt deshalb wieder:

- Die Anmeldung erfolgt ab sofort, spätestens bis zum 10. Juli
- Die Kosten für das Wochenende werden ausschließlich per Überweisung beglichen.
- Eine Anmeldung ist nur verbindlich, wenn auch die Überweisung bis zum Anmeldeschluss eingegangen ist !!!

Im Einzelnen:

- Das Wochenende beginnt am Freitagabend, 15. Oktober um 18:30 Uhr mit dem Abendessen (voraussichtlich kein Buffet, danach wird es event. nichts mehr geben) und endet am Sonntagmittag (17. Oktober) nach dem Mittagessen.
- Die Kosten betragen:
  Gesamtes Wochenende (Freitag Abendessen bis Sonntag Mittagessen):

  Erwachsene 120 € ; Kinder 3. - 12. Lebensjahr 70 €
  (Die Kosten beinhalten auch die Getränke. Bitte tragt die Getränke auf dem Michaelsberg in eine gemeinsame AAW-Liste ein)

- Anmeldung spätestens bis zum 10. Juli an Rainer Bertsch, Marderweg, 24, 71638 Ludwigsburg, Tel. 07141 / 89 00 64,
  Mail: rainer.bertsch@rainerbertsch.de

  Überweisung der Kosten auf das Konto
  IBAN DE23 6045 0050 0000 5545 70
  BIC SOLADES1LBG
  Empfänger Rainer Bertsch

Wer sich nach dem 10. Juli ganz oder teilweise wieder abmeldet, muss die entstehenden Kosten bezahlen. Eine Anmeldung nach dem 10. Juli wird nur wirksam, wenn wir vom Jugendhaus noch einen zusätzlichen Platz bekommen können.

Wie immer gilt: Falls jemand unverschuldet knapp bei Kasse ist, ist eine Ermäßigung möglich, denn es soll keiner aus finanziellen Gründen zu Hause bleiben müssen! Bitte setzt euch ggf. mit mir in Verbindung.

Rainer

Bitte überweist euren Beitrag zu den Kosten des Rundbriefs (15 €) auf das AAW-Konto
DE03 6001 0070 0127 4057 04
Postbank Stuttgart, BIC PBNKDEFF
Empfänger Aktion-Arme-Welt-Stiftung.

Rainer

IJM
ANWALT
DER FREIHEIT

Bericht zum Projektstart in Ghana
für die Aktion-Arme-Welt-Stiftung

IJM Deutschland e.V.
030 246 369 014
info@ijm-deutschland.de

Stand 16.04.2021

Sehr geehrter Herr Kusch, verehrte Aktion-Arme-Welt-Stiftung,

vielen Dank für Ihre Spende in Höhe von 10.000 Euro für die Arbeit von IJM in Ghana! Ihre Förderung hat uns einen erfolgreichen Projektstart ermöglicht.

Auch durch Ihre Unterstützung ist es uns gelungen, das kofinanzierte Projekt zu starten, dass durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gefördert wird. Das bedeutet einen weiteren großen Schritt für das Vorankommen unserer Arbeit in Ghana zum Schutz von Kindern vor ausbeuterischen Formen von Kinderarbeit. Vielen Dank!

Im Folgenden geben wir Ihnen einen ersten Einblick in den Projektstart. Falls Sie Fragen oder Anmerkungen haben, zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren!

Mit herzlichen Grüßen

Louise Schellenberg

Louise Schellenberg
Großspendenbetreuung
lschellenberg@ijm-deutschland.de
030/246369017

Aktion Arme Welt Stiftung

Projektbeschreibung 2020

Adep Audiovisuales del Perú

Projekttitel/Inhalte	**Partnerorganisation**
ADEP/Peru	ADEP (Audiovisuales del Perú)
AAW-ProjektbetreuerIN	**ProjektansprechpartnerIN**
Rainer Bertsch Marderweg 24 71638 Ludwigsburg Tel. 07141/890064 Email: rainer.bertsch@rainerbertsch.de	Hermanas Misioneras Medicas Hna. Gisela Reich Av. El Olivar No. 974 Urb. Jorge Chávez Callao 1, Lima Peru Email.: maravilla40@gmail.com
Beginn der AAW-Förderung	**AAW-Bewilligung bis**
Nach meinen Unterlagen: 2005	2021
Bewilligte AAW-Ausgaben 2020	**Getätigte Ausgaben 2020**
Euro 5,000.-	Euro 5,000.-

1. Länderinformation

Seit 2014 gibt es Berichte in diesem Format.
Peru feiert dieses Jahr am 28. Juli 200 Jahre Unabhängigkeit von der spanischen Herrschaft. Die weltweit erlebte Pandemie hat die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten verstärkt ans Tageslicht gebracht: ein sehr mangelhaftes Gesundheitswesen, in dem Geld sprichwörtlich über Leben und Tod entscheidet. Ein sehr ungleiches Schulwesen, in dem Menschen mit Ressourcen alles einfach aufs Virtuelle verlegen, während viele andere täglich auf die nächstgelegene Bergspitze laufen, um im Radio dem Unterricht folgen zu können; wieder andere sich mit mehreren Geschwistern ein Handy teilen müssen, um an den Lehrstoff zu kommen; und ein grossteil gar keine Chance hat, am virtuellen Unterricht teilzunehmen und somit zwei Jahre „verlieren".
Die politische Krise verschärfte sich im letzten Jahr zusehends und weckte vor allem in der jungen Generation, der sogenannten „200 Jahre Generation", Widerstand, der in den Novemberprotesten seinen Höhepunkt fand.

2. Projektbeschreibung

Auch diese seit 2014...
Im letzten Jahr, nach den ersten Lernerfahrungen, konnte Adep erfolgreich das Weiterbildungsangebot digital anbieten.

3. Aktivitäten im Jahr 2020

- 8 Programme Radio Todo en Común (Jan-März), vervollständigt durch einen Zyklus von 4 Podiumsgesprächen: „Leitungskapazitäten und Bürgerengagement" (Juni 2020)

Dieses seit vier Jahren existierende, inhaltlich und ethisch gute Programm wird von der Hörerschaft und den Organisationen der jungen Menschen als Chance wahrgenommen, sich und ihre Aktivitäten und Initiativen einem breiten Publikum vorzustellen. Während der Interviews reflektieren die jungen Menschen ihre Praxis und klären ihre Positionen und sozialen Forderungen und Vorstellungen. Die Interviewaufnahmen, die in den sozialen

Netzwerken veröffentlicht werden, vertiefen Lern- und Klärungsprozesse und dienen der Information und Weiterbildung in anderen Organisationen. Ausserdem ermöglichen sie, Kontakt untereinander aufzunehmen und sich gegenseitig zu stärken. Dabei erfahren sich die jungen Leute als aktive politische Akteure, die zum guten menschlichen und demokratischen Zusammenleben ihren Beitrag geben.
Die acht im online Radio und den sozialen Netzwerken veröffentlichten Programme wurden im Adep eigenen Studio aufgenommen, bevor die Pandemie anfing. Sie wurden von knapp 10.000 Menschen gehört und/oder gesehen, knapp 20.000 wurden erreicht.

Im März 2020 erreichte Peru die Pandemie, die mit einem der striktesten Lockdowns dieses Erdteils begann. Nach einer anfänglichen Umstellungs- und Gewöhnungsphase an die neuen Umstände, unter anderem das Erlernen der notwendigen digitalen Fähigkeiten, entschieden wir uns, statt der fehlenden zwei Radioprogramme einen Zyklus von vier Podiumsgesprächen zum Thema demokratischer Leitung und Bürgerengagement durchzuführen. Wir erwarteten vor allem junge Leute als Publikum und jene Erwachsenen, die mit ihnen arbeiten.
Die Themen im einzelnen waren: Die aktuelle Lage Perus und seine Zukunft; Leitungsstile in der heutigen Zeit; Demokratie und seine Herausforderungen; Bürgerethik.
Es gab regelmässig 22 Teilnehmer*innen verschiedener Organisationen aus ganz Peru, dazu jeweils drei bis vier, die ein- oder zweimal dabei waren. Viele der Teilnehmenden wie auch der Panelisten waren ehemalige Teilnehmer*innen unserer Weiterbildungsprogramme früherer Jahre. Die Beteiligung war sehr rege und offen, mit kritischer Betrachtung der Realität und guten, konkreten Vorschlägen, um die Demokratie in ihren verschiedenen Facetten zu stärken, vor allem aber die nächste Generation in ihrem Beitrag zu fördern.
Diese Vorschläge und die darausfolgenden Verpflichtungen seitens der Teilnehmer*innen wurden am Ende jedes Themas ausformuliert und mit deren Verständnis in den sozialen Netzwerken veröffentlicht. Damit wurden noch mehr Personen zum Nachdenken und Handeln angeregt, wie die Zahl der Reaktionen zeigt: mehr als 4,400 erreichte Personen und 130 Interaktionen.
Diese Art von -virtuellen- Podiumsdiskussionen war eine neue Erfahrung für Adep, hervorgerufen durch Corona, die jedoch sehr gut in unseren Rahmen von Weiterbildung in sozialen und demokratischen Themen reinpasste.

- Leitungsschulung: Bürgerschaftliches Engagement und Demokratie, PCD
in Paita, Región Piura, im Norden Perus (21 - 25 September. 22 Teilnehmende)

Mit dem -etwas langen- Titel „Befähigte/gestärkte Leiter*innen mit sozialer Verpflichtung/Engagement- in der Pandemie zur 200 Jahr Feier“ führten wir eine digitale Weiterbildung mit sechs Themen durch für junge Menschen aus verschiedenen Distrikten von Paita in Piura. Wir hatten schon früher in Paita Weiterbildungen für junge Leute in Koordination mit dortigen Lehrer*innen und der Stadt durchgeführt. Diese Kontakte frischten wir auf, weil der Norden Perus in der ersten Welle der Pandemie eine der heftigsten Infektionsraten hatte und die Bevölkerung nicht mit der erwarteten Verantwortung darauf reagierte. Das hatte mehrere Gründe, unter anderem Armut und fehlende Glaubwürdigkeit der Autoritäten und der politischen Klasse.

Die Organisation der Weiterbildung in allen Details wie Planung, Einladung und Durchführung, machten wir in Koordination mit einem ehemaligen Teilnehmer einer frühreren Leitungsschlulung, der Gemeinderatsmitglied war und Kandidat für die Bürgermeisterwahl.
Die Themeninhalte waren der Region angepasst, mit partizipativer Methodik, wie es die digitalen Instrumente ermöglichen. Es war sehr interessant, wie sich die Teilnehmenden, die aus verschiedenen Bezirken kamen, miteinander austauschten und gegenseitig herausforderten, ihre Vorschläge und Standpunkte kritisch zu betrachten. Dadurch sind kreative, neue Ideen entstanden, um an der lokalen bis hin zur nationalen Entwicklung aktiv teilzunehmen. So unterstützt Adep die Dezentralisierung, ein wichtiger politischer Ansatz zur Enwicklung Perus.

Die Referent*innen kamen aus der Region Piura und aus Lima, alle mit Vorerfahrung in der Weiterbildung Adeps, so dass es eine durchgängige Linie in der Bearbeitung der Themen gab. Wir freuen uns sehr, dass diese ehemals Jugendlichen nun zu sensiblen, kompetenten und engagierten jungen Erwachsenen herangewachsen sind, die guten Kontakt zu den jetzigen Jugendlichen entwickeln und deren Bildungsprozesse begleiten.

Ein Indiz, dass der Kurs gut war und die Teilnehmenden an ihrer Weiterbildung interessiert sind, ist, dass viele von ihnen sich am nächsten Zyklus von Podiumsgesprächen zum Them „Demokratische Akteure“ beteiligten.

- Zyklus Podiumsgespräche „Demokratische Akteure – Arbeit mit jungen Erwachsenen hin zur 200 Jahrfeier“
Im Zeitraum von September bis November 2020 fanden sechs Abende statt, zwei pro Monat, mit regelmässig 20 Teilnehmenden. Die Referate wurden aufgenommen und in den sozialen Netzwerken veröffentlicht. Ebenso sechs „Flyer“ mit zentralen Ideen, Vorschlägen und Verpflichtungen der Teilnehmenden zu den jeweiligen Themen. Im Juni, noch im strikten Lockdown, veröfffentlichten wir einen Spot zum Thema „Sei Protagonist der Änderungen“.

Die im Projekt vorgesehen Öffentliche Debatte der Jungen Erwachsenen zur 200 Jahrfeier der Unabhängigkeit Perus, wurde durch die obengenannten Aktivitäten ersetzt. Dies war ein passender und geschätzter Rahmen, um sich, nach einem jeweiligen Einstiegreferats, über die entsprechenden Themen auszutauschen. Im Respekt gegenüber den unterschiedlichen teilnehmenden Organisationen wurden Fragen und Vorschläge ausgetauscht und gegenseitige Unterstützung gegeben. Interessant war, wie die Zusammenhänge personal-lokal und sozial-national immer klarer wurden und sich in den am Ende jeden Abends aufgeschriebenen und veröffentlichten Ideen, Vorschlägen und Verpflichtungen widerspiegelten.
Diese sechs „flyer“ und sechs videos der Vorträge wurden in den Netzwerken veröffentlicht und von mehr als 13.000 Menschen gesehen. Die Reaktionen darauf waren positiv und vielfältig.

Es gilt zu betonen, dass diese Gesprächsrunden den Teilnehmenden ermöglichten, über ihre Arbeit und ihr Engagement nachzudenken und sich gegenseitig feed back zu geben. Die Pandemie hatte zur Folge, dass manche in Sinn- und Existenzkrisen gerieten. Dieser Austausch zeigte Wege auf, wie trotz der widrigen Umstände es möglich und nötig ist, sich für die eigenen Ziele und die des Landes einzusetzen. Unter anderem war Raum, über die traumatischen Erfahrungen der Novemberproteste zu reden, in denen zwei junge Menschen den Tod fanden, sehr viele verletzt wurden und praktisch die gesamte Bevölkerung sich vom Parlament nicht verstanden und ernst genommen fühlte und auf die eine oder andere Weise protestierte.

Der veröffentlichte Spot „Sei Protagonist der Änderungen“ galt dem Ziel, Bewusstsein und die inneren Kräfte zu wecken, um in den herausfordernden Zeiten wieder aktiver Akteur zu werden, und mit anderen zusammen die erwünschten Änderungen zu positiver Entwicklung in Gang zu halten. Der Spot wurde von knapp 2500 Menschen gesehen.

- Weiterbildung "Das Gute Leben - hin zu einer ökologischen Ethik"
An vier Abenden, je zwei Stunden, im Juli wurde diese Weiterbildung angeboten, mit dem Vorschlag, nach der Vision des „Buen Vivir“, dem Guten Leben, der Lebensvision der indigenen Völker Lateinamerikas, die Beziehungen mit sich selbst, den nächsten Menschen, mit Gott, so sie gläubig sind, und der Umwelt gesünder zu gestalten, um harmonische und schöne Beziehungen zu erreichen. Es nahmen 32 Personen daran teil, in der grossen Mehrheit Frauen, schon im Erwachsenenalter, die aus verschiedenen Regionen Perus kamen. Dies führte zu einem breiten Spektrum an Ideen, Fragen und Vorschlägen auf dem

Hintergrund der verschiedenen Realitäten und führte zu einer Erweiterung der Sichtweise aller Teilnehmenden.
Die Themen wurden von erfahrenen Referent*innen vorbereitet und geleitet, aus theologischer, ökologischer und psychologischer Sicht. Im Einzelnen: „Das neue Zusammenleben, sozial und virtuell - Änderungen in den Beziehungen“ / „Entfaltung und Stärkung der Empathie“ / „Wie mit Gefühlen leben in Momenten von Schmerz und Trauer“ / „Hin zu einer ökologischen Ethik-Elemente und Vorschläge“. Sie boten Raum, die noch frischen Erfahrungen der physichen Distanz und der zu jener Zeit schon hohen Zahl von Verstorbenen aufgrund von Corona, zu betrachten und sich darüber auszutauschen.
Dadurch trug Adep dazu bei, die Ethik ökologischen Handelns zu vertiefen, und somit zwischenmenschliche Beziehungen zu vertiefen, aus denen bessere soziale Beziehungen werden können.
Wieder wurden die zentralen Ideen, Vorschläge und Verpflichtungen jedes Themas in flyern festgehalten und in den sozialen Netzwerken veröffentlicht. Dadurch wurden mehr als 1100 Personen erreicht. Die Teilnehmenden waren sehr zufrieden mit dem Kurs und fest davon überzeugt, dass sie das Erlernte in ihrem Umfeld im Unterricht, der Katechese oder Jugendarbeit weitergeben werden.
Das Team von Adep nahm ganz bewusst am Kurs teil, zur eigenen Weiterbildung, sowie um die gemeinsame Vision zu stärken, die unser Arbeiten prägt.

- Kampagne im Netz “Meine virtuelle Erfahrung“
Als der Lockdown immer länger wurde, mit ziemlich strikten Beschränkungen, und sich alles, was ging, auf die virtuelle Welt verlegte, startete Adep eine audiovisuelle Aktion und lud die Menschen ein, sich in verschiedenster Form über die Erfahrungen auszudrücken. Es entstanden zwei kleine Videos, von den Teilnehmenden selber erfunden und dargestellt. Ausserdem veröffentlichten wir zwei „Spiele“ im Netz, in dem die Leute durch Kombinationen von persönlichen Zahlen, einen Satz bildeten. Die entstandenen Sätze erfreuten und bestärkten die Leute, weiter ihre Gaben zum Wohl anderer einzusetzen. Viele bemerken, dass sie überrascht sind, wie der entstandene Satz mit ihrem Empfinden übereinstimmt, oder sie ermutigt, diese Gaben einzugeben. Schon in einer früheren Aktion, nahmen mehrere daran teil, über ihr Leben mit diesen Ausgangsbeschränkungen zu erzählen: welche Schwierigkeiten es im engen Zusammenleben der Familie gab, die vielen neuen Gaben und Fähigkeiten, die sie entdeckten und entwickelten. Dabei ging es nicht nur um die digitalen Kenntnisse, sondern vielmehr noch, wie mit den Gefühlen umgegangen wurde, welche Bücher sie lasen, Filme anschauten, Kochkünste entwickelten usw. Adep wurde zu einer Plattform, die den Austausch über die Lernprozesse und Umgewöhnung ermöglichte. Für die Teilnehmenden wurde dies zu einer befreienden Erfahrung, denn sie merkten, dass diese schweren und komplizierten Zeiten auch Neues, Gutes hervorbrachten.
Dadurch trug Adep dem grundlegenden Ziel bei, ein gesundes Miteinanderleben zu fördern.

4. Ausblick und Resümee

Trotz der Pandemie, die unser Land Peru stark getroffen hat, ging die Arbeit mit Jugendlichen weiter, obwohl es keine direkten Treffen geben konnte. ADEP hat immer schon soziale Medien genutzt und die Kommunikation mit jungen Menschen ist heute überall auch per Smartphone/Internet möglich.
Gerade in der heutigen Zeit sozialer, politischer und wirtschaftlichere Umbrüche ist es sehr wichtig, jungen Menschen, Frauen und Männern, Fähigkeiten und Leitungskompetenzen mit auf den Weg zu geben, damit sie ihre und auch unsere Zukunft mit demokratischen Mitteln gestalten und weiter entwickeln.

5. Nachweise

Im Finanzbericht geben wir Soles und Dollar an. Die Umtauschkurse veränderten sich ständig und sehr stark über das Jahr 2020 hinweg. Da bei Ankunft des Geldes alles sofort in Soles umgetauscht wurde, sind die Ziffern in Soles die „richtigen“.
Am 07. April, 2020 erhielten wir 5,000.00 Euros = $ 5,172.00 Dólares,Umtausch: S/ 3.38

Übersicht:

Einnahmen	**Soles**	**Dollar**
AAW	17,481.36	5,172.00
Teilnehmerbeiträge	570.00	68.64
Gesamteinnahmen	**18,051.36**	**5,340.64**

Ausgaben	**Soles**	**Dollar**
I. Weiterbildungen	8,572.00	2,536.09
II. Online Radio	5,480.00	1,621.30
III. Verwaltungskosten	4,000.00	1,183.43
Gesamtausgaben	**18,052.00**	**5,340.83**

ITEM	BUDGET SOLES	AUSGABEN SOLES	AUSGABEN DOLARES
I WEITERBILDUNGEN	**8,440.60**	**8,572.00**	**2,536.09**
Jugendleitungsschulung in Paita	**3,487.60**	**3,522.00**	**1,042.01**
1. Vorbereitung, Planung, Einladung…	1,167.00	1,200.00	355.03
2. Referent*innen	1,200.00	1,200.00	355.03
Betriebskosten	800.00	802.00	237.28
Kosten zoom, Internet	320.60	320.00	94.67
4 Podiumsgesprächen: „Leitungskapazitäten und Bürgerengagement“	**1,170.60**	**1,270.00**	**375.74**
1. Vorbereitung, Planung, Einladung…	100.00	100.00	29.59
2. Referent*innen	800.00	900.00	266.27
3. Kosten zoom, Internet	270.60	270.00	79.88
Weiterbildung "Das Gute Leben - hin zu einer ökologischen Ethik"	**1,100.60**	**1,100.00**	**325.44**
1. Vorbereitung, Planung, Einladung…	30.00	30.00	8.88
2. Referent*innen	800.00	800.00	236.69
3. Kosten zoom, Internet	270.60	270.00	79.88
Zyklus Podiumsgespräche „Demokratische Akteure…	**1,141.20**	**1,140.00**	**337.28**
1. Vorbereitung, Planung, Einladung…	200.00	200.00	59.17
2. Durchführung der Gespräche	400.00	400.00	118.34
3. Kosten zoom, Internet	541.20	540.00	159.76
Kampagne im Netz “Meine virtuelle Erfahrung“	**1,540.60**	**1,540.00**	**455.62**
1. Vorbereitung, Planung, Einladung…	270.00	270.00	79.88
2. Webmaster	450.00	450.00	133.14
3. Grafisches Design	450.00	450.00	133.14
4. Veröffentlichung	150.00	150.00	44.38
5. Internet	220.60	220.00	65.09
II. ONLINE RADIO	**5,482.40**	**5,480.00**	**1,621.30**
1. Virtuelle Plattform	882.40	880.00	260.36

2. Produzent	2,500.00	2,500.00	739.64
3. Bedienungskraft (Technik)	1,000.00	1,000.00	295.86
3. Aufnahmestudio	800.00	800.00	236.69
4. Verbreitung in sozialen Netzwerken	300.00	300.00	88.76
III. VERWALTUNGSKOSTEN	**4,000.00**	**4,000.00**	**1,183.43**
1. Verwaltung	900.00	900.00	266.27
2. Direktion	1,000.00	1,000.00	295.86
3. Büro	2,000.00	2,000.00	591.72
4. Sachkosten	100.00	100.00	29.59
TOTAL	**17,923.00**	**18,052.00**	**5,340.83**

Projektantrag: Förderung von Schulen im District Jaghori, Afghanistan

Es ist schon etliche Jahre her, dass wir ein Schulprojekt für Mädchen in Jaghori, Afghanistan unterstützt haben. Dies geschah damals über den FKA, Freundeskreis Afghanistan e.V. Unser Freund Elmar Krammig, der auch als Referent auf dem Michaelsberg eindrucksvoll von Land, Leuten und Schulen für Mädchen und Jungen dort erzählte, lebt leider nicht mehr. Aber der FKA ist nach wie vor aktiv und pflegt unter extrem schwierigen Bedingungen die Kontakte vor Ort. So ist weiterhin sicher gestellt, dass die Gelder dort ankommen, wo sie gebraucht und wofür sie gespendet werden. Unsere direkte Ansprechpartnerin ist Irmela Falke, die viele Jahre eng mit Elmar zusammen gearbeitet hat.

Die folgenden Seiten aus dem letzten Rundbrief des FKA zeigen deutlich, dass die bisherige Hilfe nachhaltig war. Die Situation in Afghanistan ist desaströs – umso mehr brauchen die Menschen dort unsere Unterstützung und das Signal: Nicht alle ziehen sich zurück! Es gibt Menschen, die an eine Zukunft für die Jugend im Land glauben und dazu einen Beitrag leisten möchten.

Am Lycee Saynabia im District Jaghori werden seit vielen Jahren Mädchen und Jungen unterrichtet bis zur Hochschulreife. Der FKA unterstützt die Arbeit der viel zu wenigen staatlichen Lehrer*innen durch zusätzlich eingestellte, voll ausgebildete Lehrkräfte. Diese erhalten eine „food allowance“ in Höhe der staatlichen Lehrergehälter (die äußerst knapp bemessen sind), die aber während der Corona - bedingten Schulschließungen weiter ausgezahlt wurde.

Projektantrag:

Ich beantrage für die Jahre 2022/23 jew. 2.500 €

für „food allowance“ für 3 Lehrer*innen am Lycee Saynabia, Jaghori
zu zahlen an den Freundeskreis Afghanistan e.V.

Susanne KH

Auswirkung der Corona Krise auf unser Leben, *Ali Jan Qasemi*

Stand Juni 2020:

Wie ihr wisst, bleibt ja kein Fleck auf der Erde verschont. Diese Krise bringt starke Länder und Völker ins Wanken. Afghanistan ist eines der verwundbarsten davon. In Gänze ist das Land vom Geld der Weltgemeinschaft abhängig. Gegenwärtig ist die Krise sehr ernst und hat das Leben der Menschen verändert.
Das schlimmste ist die Arbeitslosigkeit. Die meisten der Tagelöhner, Angestellte einschließlich der Lehrer haben ihre Beschäftigung verloren. Die Krise hat den meisten Armut gebracht. Deswegen sagen auch die Meisten: "die Quarantäne kümmert uns nicht, wir sterben an Hunger".

Der Corona Ausbruch ist in Afghanistan erst am Anfang, während andere bereits Erfahrungen im Umgang damit hatten. Unsere Regierung hat versprochen, dass die Gehälter der staatlichen Lehrer auch während der Quarantäne weiterhin gezahlt werden, aber was ist mit den inoffiziellen Teilzeitlehrern? Viele Lehrer wie z.B.an den FKA-Schulen arbeiten auf Basis eines Vertrags und wurden so bis jetzt vom FKA unterstützt, aber was ist mit den anderen Schulen in diesem Land? Letzte Woche haben die Lehrer privater Schulen in Kabul demonstriert um ihre Situation zu zeigen und die Regierung um Hilfe zu bitten.

Die ganze Erziehung wurde angehalten. Universitäten, Schulen und andere Kulturaktivitäten wurden gestoppt oder pausieren jetzt. Ich glaube, dass die meisten Schüler -insbesondere die jüngeren Jahrgänge- das bisher Gelernte vergessen und das Interesse gänzlich verlieren werden. Hier hat der Bildungsprozess sehr gelitten. Auf der einen Seite habe wir keine Möglichkeiten wie andere Länder, auf der anderen Seite ist der Wissensstand sowohl der Lehrer als auch in den Familien zu gering, um das aufzufangen. Die Regierung ist mit anderen Themen beschäftigt und kümmert sich wenig um Bildung. Das Bildungsministerium bietet Unterricht über Fernsehen an, aber die meisten Gebiete haben dazu keinen Zugang. Letzte Woche führte die Hedayat High-School Verwaltung eine Umfrage durch um zu erfahren, wie viele Schüler in diesem Bereich online Unterricht benutzen. Das Ergebnis war, dass gerade drei Schüler erklärten, dass sie diesem Unterricht folgen.

Das war gut gedacht vom Bildungsministerium, aber es tut uns leid, das Imitieren Anderer ist für uns nicht praktikabel. Viele Schüler haben gar kein Fernsehen, Elektrizität oder einen Internetzugang zu Hause. Das ist nur der Versuch internationales Geld in die Taschen der bereits schon Wohlhabenden zu lenken. Gerade wurde die Schließung der Schulen um drei weitere Monate verlängert. Lehrer lehren nicht. Sie bereiten keine Hausaufgaben für Schüler vor, da sie ihre Schüler nicht sehen, weil deren Familien die Quarantäneregeln strikt einhalten, und dass die Schüler so verstreut leben ist ebenfalls ein nachteiliger Faktor.

Die meisten Lehrer haben ihre Stifte niedergelegt und stattdessen zu Schaufel und Werkzeug gegriffen um gegen Armut und Hunger zu kämpfen. Sie arbeiten hart auf den Feldern und ich bin einer von ihnen.

Dieses Jahr versuchen wir als Familie lediglich zu überleben, so wie die anderen Lehrer auch. Das ist eine außergewöhnlich schlechte Situation. Zwischen Haus und Land und Land und Haus kommt man sich vor wie ein Gefangener (Zelle – Toilette und wieder zurück).

Diese Krise hat nicht nur physische, sondern auch mentale Konsequenzen. Die Angst an Corona zu sterben und sonst keine positiven Aussichten zu haben beschäftigt die Menschen. Aber das kommt nicht nur durch Corona alleine, sondern auch durch Terrorismus, Taliban, Krieg und weit verbreitete Korruption (die Arme ärmer macht und Reiche reicher). Das sind die Dinge, die die Menschen beeinflussen.

Bisher hatten wir nur wenige Fälle von Corona durch Leute die aus Kabul, Herat oder Iran zurückkamen. In diesen Tagen machen sich viele Menschen aus den Städten auf den Weg nach Jaghori. Die Menschen in Jaghori haben nun noch mehr Angst und es entstehen dadurch neue Probleme.

Die Preise sind gestiegen, so kostet ein Kilo Okra statt 25 AFA jetzt 100AFA, dagegen ist Benzin so billig wie lange nicht (35 AFA/Liter). Der Grund könnte der geringere Verkehr sein.

Stand September 2020:

Die Schulen sind wieder geöffnet, jedoch nur für die 11. und 12. Klassen. Es gestaltet sich jedoch schwierig, die Bevölkerung ist sehr verunsichert, was die Corona Regeln angeht. Es rührt wahrscheinlich daher, dass es hier in Jaghori nur vereinzelt Infektionen gibt. Die Gefahr wird einerseits unterschätzt und daher werden die Schutzmaßnahmen nicht ernst genommen. Andererseits ist die Angst teilweise so groß, dass Eltern ihre Kinder nicht zur Schule schicken wollen. Auch die Maskenpflicht wird in den einzelnen Schulen unterschiedlich gehandhabt, bzw. nicht eingehalten.

Auch ist in den Klassen nicht genügend Platz, um die nötige Distanz einzuhalten. Dies ist sowohl für uns als Lehrer, als auch für die SchülerInnen selbst, ein großes Risiko, da sie aus unterschiedlichen und weit entfernten Dörfern kommen. Keiner weiß wer infiziert ist und wer nicht.

Auch nach der Öffnung der Universitäten sieht es ähnlich aus. Es ist eine Situation in der wir zwischen Hoffnung und Angst leben - ein harter Schlag für die Bildung!

Stand Oktober 2020:

Inzwischen gibt es mehrere Corona Fälle in Jaghori, dennoch wurden nun die Schulen drei Monate vor den Winterferien auch für die SchülerInnen der Klassen 1-10 geöffnet. Wir waren freudig überrascht, dass nach so langer Pause viele Kinder wieder zur Schule kamen. In der „Maktab-e-Irmgard Kapitel“ in Joderi wird die Maskenpflicht ernst genommen.

Das Foto zeigt die Kinder dieser Schule am ersten Schultag nach der Öffnung (*Foto SK Okt.2020).* Auch in diesem Jahr konnten wir den Kindern wieder die nötige Grundausstattung für den Unterricht, wie Hefte, Stifte, Spitzer und Radiergummi zur Verfügung stellen. **Anmerkung der Redaktion:** *Der Kauf von Unterrichtsmaterial für die vom FKA unterstützten Schulen wird durch die jährliche Spende von* ***People in Motion*** *ermöglicht.*

Wir Lehrer und Lehrerinnen werden nun alles daran setzen, diese Kinder, die über so viele Monate ohne Unterricht sein mussten, wieder aufzufangen.

„Drei Dinge sind uns aus dem Paradies geblieben:
Sterne, Blumen und Kinder“

Dante Alighieri

Projektbericht, *Schulkomitee Jaghori*

Im Foto Schulkomitee Jaghori, von links Moh. Reza, Abdul Wahab und Ali Jan

Jaghori ist ein ländliches Gebiet, die Häuser liegen weit auseinander, es gibt nur wenige Begegnungen, unsere Luft ist sauber und der Himmel meist blau. Dennoch wurden in der ersten Zeit der Corona Pandemie die Schulen geschlossen und Besuche von Personen aus verschiedenen Haushalten untersagt.

Wir befanden uns in Quarantäne und hatten große Mühe uns untereinander zu verständigen, da auch das Telefonnetz teilweise unterbrochen war. Unsere Arbeit für den FKA musste jedoch weitergehen, und so trafen wir uns für die dringend notwendigen Projektgespräche im Garten von Ali Jan und hielten dabei großen Abstand.

Unterstützung der LehrerInnen (Food Allowances): Die Nachricht des FKA Vorstandes, dass auch in den Monaten der Corona bedingten Schulschließung die Food Allowances als Überbrückung an die LehrerInnen ausgezahlt werden können, hat für Freude und große Erleichterung gesorgt. Ihnen wird damit ermöglicht, auch in der Krise etwas zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen.

Ohne diese ausgezeichneten LehrerInnen, die in den vom FKA unterstützten Schulen unterrichten, aber nicht vom Staat bezahlt werden, können wir das hohe Unterrichtsniveau an unseren Schulen nicht halten Es versteht sich jedoch, dass nur diejenigen KollegenInnen diese Unterstützung erhalten, die sich verpflichten, ihre Tätigkeiten auch nach der Schulöffnung wieder aufzunehmen.

Was ist aus „unseren“ ehemaligen SchülerInnen geworden? *Irmela Falke*

Während unserer Projektreisen innerhalb Jaghoris 2005/6 haben Elmar Krammig und ich viele Fotos von Schülern und Schülerinnen in verschiedenen Klassen der von uns unterstützten Schulen aufgenommen.

Aus den Mädchen und Jungen von damals sind in der Zwischenzeit Erwachsene geworden. Was mag aus ihnen geworden sein, fragte ich mich und bat Ali Jan, an Hand dieser Fotos nachzuforschen, wie sich die hochgelobte Schulbildung in Jaghori auf den Werdegang dieser SchülerInnen ausgewirkt hat.

Einige Lebensläufe ehemaliger SchülerInnen des Lycee Saynabia konnte Ali Jan nachverfolgen. Seine Beschreibungen sind hier lediglich aus dem Englischen übersetzt, jedoch nicht weiter bearbeitet, um seine Eindrücke und die wörtlichen Aussagen der SchülerInnen möglichst unverfälscht wiederzugeben.

Alle Fotos I. Falke, Lycee Saynabia 2005/06

1 ***Maryam:*** *Lebt nach ihrem erfolgreich absolvierten Studium der Lebensmittel Technologie an der Polytechnischen Universität in Kabul wieder in Jaghori. Sie war eine der talentiertesten Schülerinnen im Lycee Saynabia. Nun arbeitet sie in Sang-e-Moscha (Jaghori) in einer Organisation für Ernährungs- und Gesundheitsberatung. Mit ihrem Verdienst unterstützt sie ihre Familie und finanziert das Studium ihrer jüngeren Schwester. Ihr Leben als junge selbstständige, unverheiratete Frau mit eigenem Einkommen ist ein großes Vorbild für die junge Generation in Jaghori.* ***“Ich bin glücklich hier in Jaghori, in der Nähe meiner Familie, einen guten Job gefunden zu haben und danke allen, die mir dies ermöglicht haben.“***

2 ***Sharifa:*** *Ist ebenfalls eine ehemalige Schülerin des Lycee Saynabia. Nach Abschluss ihres Pädagogikstudiums in Kabul, unterrichtet sie jetzt als Lehrerin im Lycee Saynabia. Sie ist mit meinem ältesten Sohn Ruhullah verheiratet und Mutter meines Enkels. Sie wird sowohl von den Lehrern, als auch von den Schülerinnen wegen ihres qualifizierten Unterrichts hoch gelobt.*

3 Shah Laila: *Schon als minderjährige Schülerin der 7. Klasse des Lycee Saynabia war sie verlobt. Zusammen mit ihrem Verlobten, ebenfalls Schüler in dieser Schule, ist auf dem Schulweg ausgerissen. Sie besuchte die Schule nie mehr, heiratete und bekam zwei Töchter. Ihr Mann wurde Soldat und verlor durch die Taliban sein Leben. Das arme Mädchen lebt nun in schlechten Verhältnissen und ohne familiären Schutz in Jaghori.*

***4 Shah Gul**: Auch sie war Schülerin mit gutem Abschluss der 12. Klasse im Lycee Saynabia, studierte in der Türkei an der Polizei Akademie. Nach zwei Jahren Studium arbeitete sie als Polizistin im Innenministerium in Kabul. Sie war unverheiratet. Im letzten Winter starb sie durch einen Brand in ihrem Zimmer. Sie ist in Jaghori beerdigt.*

***5 Adela:** Sie ist auch eine bemerkenswerte junge Frau, sie ist Single. Nach ihrem Abschluss in Saynabia studierte sie Pädagogik in Kabul, kam zurück nach Jaghori und unterrichtete als Lehrerin in Saynabia, wo sie wegen ihrer pädagogischen Fähigkeiten hoch geschätzt wurde. Nun hat sie noch ein zweites Studium in Kabul begonnen. Ihren Lebensunterhalt verdient sie sich dort als Lehrerin in einer Schule. Zusätzlich unterstützt sie mit ihrem Gehalt ihre Familie in Jaghori.*

6 Razia:** Auch sie ist eine talentierte Schülerin des Lycee Saynabia, wo sie sich zurzeit noch in Kabul auf ihren Studien Abschluss an der Amerikanischen Universität vorbereitet. Sie sagt: **„Die Bildungschance, die ich im Lycee Saynabia erfahren habe, hat mir den Weg geebnet, meinen Charakter geformt und ermöglicht mir ein selbstbestimmtes Leben.“

7 Ruhullah:** Hat nach einem sehr guten Abschluss der 12. Klasse im Lycee Hedayat in Kabul Medizin studiert und arbeitet nun dort als selbständiger Arzt mit gutem Einkommen, mit dem er seine Familie in Jaghori unterstützt. **„Durch den guten Unterricht meiner Lehrer hat sich meine Leben und das meiner Familie grundlegend zum Positiven geändert.“

8 Zabihullah:** Nach Abschluss der 10. Klasse im Lycee Hedayat emigrierte seine Familie nach Australien. Dort holte er seinen Abschluss nach und studiert jetzt an der Universität in Melbourne. Er ist Single. **„Meine gute Grundausbildung verdankte ich meinen Lehrern im Lycee Saynabia (bis zur 8. Klasse) und im Lycee Hedayat.“

Aktion Arme Welt Stiftung

Projektbeschreibung 2020

„Puriskiris/Bolivien“

Version vom 15.05.2021

Projekttitel/Inhalte	**Partnerorganisation**
Puriskiris/Bolivien:	Fundacion Cristo Vivo Bolivien
AAW-ProjektbetreuerIN	**ProjektansprechpartnerIN**
Dr. Volker Strubel 24 Junkerfelde 13 79211 Denzlingen Tel. 07666/882717 Email: strubel@innovationgreen.eu	Schwester Karoline Mayer Fundación Cristo Vive Chile Av.Recoleta N° 5441 Santiago de Chile Fono: 00 56 - 2 2836 5000 www.fcristovive.cl Email.: karoline@fundacioncristovive.cl
Förderzeitraum	**Bewilligte und gezahlte AAW-Ausgaben im Förderzeitraum**
01.01.2020 – 31.12.2020	3.000 € (+2.500 € Corona-Hilfe in 2020)= 5.500 € Gesamt

1. Länderspezifischer Projekthintergrund

Seit 1998 gibt es in Bolivien ein Gesetz zur Förderung und zum Schutz der (Menschen-) Rechte alter Menschen. Ausgehend von diesem wurden politische Maßnahmen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene ergriffen. Trotz der Fortschritte und konkreter öffentlicher Maßnahmen, mangelt es vor allem an der Umsetzung und an der Aufklärung sowie den Möglichkeiten der armen, ländlichen, zumeist indigenen Bevölkerung, damit diese ihre Rechte in Anspruch nehmen können. Viele leiden unter mangelnder Fürsorge, Vernachlässigung oder gar Gewalt durch ihre Familien oder der Gemeinschaft oder sind völlig auf sich allein gestellt und leben in den Straßen von Cochabamba oder kommen dorthin, um zu betteln.

2. Projektbeschreibung

Die „Fundacion Cristo Vivo Chile“ wird von Schw. Karoline Mayer geleitet und hat ihren Hauptsitz in Santiago de Chile. Von dort aus werden soziale Projekte in der Schwesterorganisation „Fundacion Cristo Vivo Bolivien“ aufgebaut und unterstützt wie das hier vorliegende Projekt **„Puriskiris“**.
Mit der Unterstützung der AAW und einer weiteren gemeinnützigen Organisation aus Luxemburger „ONG Andamos“ konnte der **Sozialarbeiter Freddy A. Oropeza**

Surumi in Cochabamba Vollzeit eingestellt werden. Dadurch konnten alte Menschen, vorwiegend Frauen zwischen 65 und 100 Jahren betreut werden.
In Bolivien hat jeder Bürger ab 60 Jahren ein Anrecht auf eine monatliche würdige Rente („renta dignidad“) von 300 bolivianos (ca. 38 Euros), für diejenigen, die keine Rentenzahlungen aus Erwerbstätigkeit beziehen. Hierfür sind jedoch Formalitäten und Amtsgänge notwendig, die die älteren Menschen der „Puriskiris“ ohne die Unterstützung durch den Sozialarbeiter niemals alleine verstehen oder gar erledigen könnten. Viele von ihnen haben nicht einmal ihre Geburtsurkunde oder einen gültigen Personalausweis, um nur die wichtigsten Voraussetzungen für den Bezug der monatlichen Rente zu nennen.

3. Aktivitäten im Berichtszeitraum 2020

Sra. Quintina Choque,
82 Jahre alt, lebt alleine und wird von Freddy besucht

Im Jahre 2020 wurden **114 alten Menschen** durch das Projekt „Puriskiris“ begünstigt. Bedingt durch die Pandemie musste das Betreuungsangebot sowie die Aktivitäten des **Sozialarbeiters Freddy** permanent an die Bedürfnisse der Menschen und die Rahmenbedingungen angepasst werden.

Auch in Bolivien/Cochabamba wurden ab Ende März 2020 verschiedene Maßnahmen zur Kontrolle der Verbreitung des COVID-19 verhängt, so zuerst auch eine mehrere Wochen anhaltenden strenge Quarantäne. Während dieser schwierigen Wochen konnte Freddy nur einmal pro Woche für mehrere Stunden unterwegs sein, um die alten Menschen zu Hause zu besuchen. Unterstützt wurde er hierbei in der schwierigsten Zeit von Rosario, der Koordinatorin des Dienstes „Puriskiris“.

Die Stiftung konnte ihre Türen in dieser Zeit nicht für die Obdachlosen alten Menschen öffnen, aber besuchte sie auf der Straße, um ihnen dort Lebensmittel auszugeben und ihnen beizustehen.

Ab September konnte der Dienst wieder öffnen und seine normalen Aktivitäten langsam aufnehmen. So auch die **Krankenschwester**, die auf Stundenbasis angestellt ist und zum Beispiel Wundbehandlungen durchführt.

Aktuell gibt es in Cochabamba weiterhin eine nächtliche Ausgangssperre, Verpflichtung zum Tragen eines Mundschutzes und Desinfektionsmaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen. Der Impfprozess geht aufgrund des fehlenden Impfstoffes nur langsam voran. Alte Menschen sollen auch hier als Erste geimpft werden – Die Impfung ist freiwillig. Auch in Bolivien spricht man von einer dritten Welle, wobei die höchsten Infektionszahlen allerdings im Norden, an der Grenze zu Brasilien auftreten.

Aus der Gruppe der „Puriskiris“ wurde 2020 ein größerer Anteil, **50 Menschen,** durch Hausbesuche des Sozialarbeiters Freddy betreut.

Bei jedem Besuch versuchte er im Gespräch herauszufinden, wo die Menschen noch Unterstützung benötigen, ob es eventuell gesundheitliche Probleme gibt und sie zu einem Arztbesuch begleitet werden müssen und wie die familiäre Situation ist.

Dabei brachte er jedes Mal auch ein Paket an Grundnahrungsmitteln mit und für diejenigen, die sich gerne manuell beschäftigen, auch Materialien für Handarbeiten wie z.B. Wolle, Stricknadeln, Stoffe, Farbe etc. **Diese Materialien können dank der zusätzlichen Corona-Hilfe der AAW auch 2021 weiter nach Bedarf eingekauft werden.** Sie bringen eine wichtige Abwechslung in den oft sehr einsamen und eintönigen Alltag der Menschen und bereiten ihnen große Freude! Außerdem können sie diese für ihren Lebensunterhalt verkaufen. Manchmal haben sie auch Rezept von Medikamenten, deren Kauf wir durch euch ermöglichen können.

Während der zeitweise anhaltenden Lockerungen konnten ab September wieder **Treffen in Kleingruppen von zwischen 10 und 15 Personen organisiert werden**, bei denen gemeinsam Handarbeiten wie Stricken oder Häkeln mit einem sozialen Treffen verbunden wurden. Diese Zusammenkünfte fehlen den alten Menschen am meisten. In der Zeit, in der dies möglich war, lud man vor allem diejenigen ein, die besonders unter der Einsamkeit und sozialen Isolation litten, um so etwas gegen ihre teils starke Depressivität tun zu können.
Zu den Aufgaben von Freddy gehörte auch weiterhin die **Unterstützung und Begleitung bei Amtsgängen.** Erster und schwierigster Schritt ist dabei die oft erstmalige Beantragung des Personalausweises.

Wenn dies aber erst einmal geschafft ist, dann kann für diese Menschen die Hilfe des Staates beantragt werden, wie die erwähnte monatliche Grundrente „Renta Dignidad“, sowie die wichtige Einschreibung in das öffentliche Gesundheitssystem vorgenommen werden.

Auf den Fotos ist Herr Pio Ronald Patiño Calani, 62 Jahre alt, zu sehen. Er hatte keinerlei Ausweisdokumente. Da er zudem eine geistige Behinderung hat, hätte er diese ohne die Begleitung durch Freddy niemals allein beantragen können.

Links auf dem Foto sieht man Herrn Juan de Mata Yucra. Er ist 63 Jahre und lebt als Obdachloser auf den Straßen von Cochabamba. Auch ihn hat Freddy begleitet.
Er zeigt stolz seinen Personalausweis in die Kamera.

Normalerweise werden jedes Jahr die besonderen Feste gemeinsam in der Gruppe gefeiert. 2020 war dies nur zum Vatertag und zu Weihnachten möglich. Diese Feste werden auch vom Sozialarbeiter koordiniert.

Rechts sieht man ein gemeinsames Essen zum Anlass des Vatertages.

4. Ausblick und Resümee

Durch die Berichte, die wir regelmäßig von Cristo Vivo bekommen und durch den direkten Kontakt über Schwester Karoline Mayer, können wir uns davon überzeugen,dass unsere Mittel von der Fundacion Cristo Vivo Bolivien sachgerecht für „Puriskiris“ zur Betreuung der alten Menschen in Cochabamba verwendet werden.

5. Nachweise

Die Mittel der AAW werden von der Cristo Vive Europa - Partner Lateinamerikas e.V. nach Bolivien zur „Fundacion Cristo Vivo Bolivien“ transferiert (siehe Beleg).

Die Spende der AAW hat 2020 rund **25% der jährlichen Lohnkosten** des Sozialarbeiters Freddy Oropeza gedeckt. Die Luxemburger ONG Andamos finanziert weiterhin die restlichen 75% der Lohnkosten. Die Corona-Hilfe der AAW für den Kauf von Materialien ging im November 2020 ein und wird seitdem nach den Bedürfnissen und Interessen der Menschen eingesetzt. Hier verblieben zu Jahresende noch Mittel, die im laufenden Jahr 2021 ausgegeben werden.

Finanzierung 2020 Puriskiris	**Boliviano**
Finanzieller Beitrag Sozialarbeiter Freddy in Höhe von 3.000 €	22.262,21-
Corona Hilfe für den Kauf von Materialien in Höhe von 2.500 €	18.552,00-
Summe Unterstützung AAW 2020	*40.814,21-*

Die Finanzierung wird durch Rosario Soto, Leiterin Dienst „Puriskiris“ und Vorstandsmitglied der „Fundacion Cristo Vivo Bolivien“ bestätigt (siehe Anlage 1).

Denzlingen, den 15. Mai 2021

Volker Strubel

Antrag Puriskiris 2022- 2023

Liebe AAW – Freunde

Wie ihr aus dem Projektbericht entnehmen könnt, hat unsere Unterstützung von Puriskiris einen gezielten und wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Situation von alten Menschen im Cochabamba erbracht.
Ich stelle den Antrag Puriskiris erneut für die Jahre 2022 und 2023 zur anteiligen Bezahlung des Sozialarbeitet Freddy mit jeweils 3.200 € zu unterstützen.

Liebe Grüße

Volker

Projektantrag für die Förderung eines Bildungsprojektes im Libanon

Projekt

Schulbildung für die von der Syrienkrise betroffenen Kinder in der Bekaa-Ebene im Libanon

Projektträger im Libanon:

Society for Social Support & Education

www.socialsupporteducation.org/

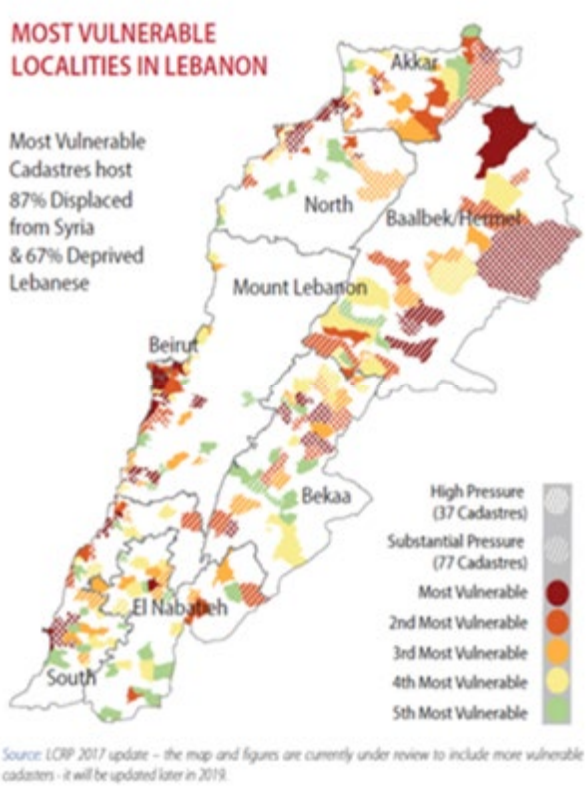
Kontakt: Nimat Bizri, Telefon +961 | 3 984 467, Email: nfbizri@socialsupporteducation.org

Inhalt

1. Ausgangssituation 3
2. Der lokale Partner im Libanon: Die Organisation Society for Social Support & Education 4
3. Projektbeschreibung 5
3.1 Zusammenfassung 5
3.2 Beschreibung 5
4. Projektübersicht 7
4.1 Projektziele 7
4.2 Wirkungen des Projektes 7
4.3 Zielgruppe des Projektes 8
5. Nachhaltigkeit des Projektes 8

1. Ausgangssituation

Der Libanon mit nur 6 Mio. Einwohnern beherbergt seit dem Beginn der Syrien-Krise 2011 etwa 1,5 Millionen Geflüchtete aus dem Nachbarland. Damit ist der Libanon das Land mit den weltweit meisten Geflüchteten im Vergleich zu seiner Einwohnerzahl. Bereits seit 2011 ist der Libanon wirtschaftlich und organisatorisch überfordert und steckt seit Oktober 2019 in einer schweren Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise. Der Libanesische Pfund hat im Vergleich zum US-Dollar seit Oktober 2019 nahezu das zehnfache an Wert verloren – wöchentliche Preissteigerungen sind die Folgen. Offizielle Statistiken gehen davon aus, dass über 50% der libanesischen Bevölkerung mittlerweile unterhalb der Armutsgrenze leben. Ende 2019 waren es noch 27%. Zunehmend befindet sich das Land außerdem im politischen Stillstand. Seit März 2020 leidet das Land zusätzlich auch unter den harten Einschränkungen des öffentlichen Lebens und Ausgangssperren im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie. Darunter leiden insbesondere die Familien der Geflüchteten. Deren Situation ist vor allem deshalb so schwierig, weil sie sich einerseits im Libanon nicht niederlassen können, um ein normales Leben führen zu können, und andererseits ist nicht absehbar wann sie in ihre Heimat zurückkehren können ohne Repressalien, Folter und Tod fürchten müssen. Ohne Schulbildung bleibt zudem den Kindern der geflüchteten Familien auch jede Chance auf eine bessere Zukunft verwehrt.



Source: LCRP 2017 update – the map and figures are currently under review to include more vulnerable cadasters - it will be updated later in 2019.

Ein Teil der Geflüchteten lebt zudem illegal im Libanon, das seit 2015 ein Aufnahmestopp verhängt hat. Diesen Menschen ist deshalb selbst die grundlegendste Unterstützung durch UN-Hilfsorganisationen verwehrt.
Geflüchtete Familien ohne finanziellen Rückhalt leben meist in einfachen, provisorischen oder inoffiziellen Camps, sogenannten „Informal Tented Settlements“ (ITS) die kaum über grundlegende Infrastruktur verfügen. Bis zur nächstgelegenen Schule ist es oft weit. Die meisten Geflüchteten leben im Norden und Nordosten des Libanons, wo sich auch die internationale Hilfe konzentriert. Etwa ein Drittel lebt im Südosten, in der Bekaa Ebene, wo ein besonders großer Bedarf an Unterstützung besteht und wo die Anzahl der eingeschrieben schulpflichtigen SchülerInnen besonders niedrig ist – mit weiter fallender Tendenz.

Nach viel Advocay-Arbeit, um den Geflüchteten eine Schulbildung zu ermöglichen, wurde in den letzten Jahren viel erreicht. Soweit möglich wurden für sie Nachmittagsschichten an libanesischen Schulen eingerichtet, wo sie von freiwilligen libanesischen sowie von syrischen Lehrkräften aus dem Kreis der Geflüchteten unterrichtet werden. Die Kapazitäten des libanesischen Schulsystems reichen jedoch bei weitem nicht aus. Private und gemeinnützige Initiativen haben zusätzliche Kapazitäten außerhalb der staatlichen Schulen geschaffen und bieten zertifizierten Unterricht an. Waren zu Beginn der Krise 2012/2013 noch „nur“ rund

27,000 Kinder von Geflüchteten an Schulen eingeschrieben, waren es 2018 bereits 220,841[1]. Das sind schätzungsweise jedoch weiterhin nur etwa die Hälfte aller schulpflichtigen Kinder.

Neben mangelnden Kapazitäten gibt es eine Reihe anderer Gründe für die niedrige Zahl der am Schulunterreicht teilnehmenden Kinder von Geflüchteten: Lange Anfahrtswege und damit verbundene Transportkosten (10%), direkte und indirekte Kosten für die Schulbildung können nicht aufgebracht werden (8%), Kinder syrischer Geflüchteter werden diskriminiert und durch die staatlichen Schulen nicht aufgenommen (8%) oder müssen zum Einkommen der Familie beitragen (6%). Besonders häufig verlassen Kinder im Alter von 14 Jahren die Schule, um zu arbeiten und die Familie finanziell unterstützen zu können. Ebenfalls wirtschaftliche Gründe sind es, die junge Mädchen bereits in diesem Alter in die Kinderehe drängen (7%).

2. Der lokale Partner im Libanon: Die Organisation Society for Social Support & Education

Um den benachteiligten Kindern von Geflüchteten Schulbildung und den Zugang zu staatlichen weiterführenden Schulen zu ermöglichen, haben sich mehrere gemeinnützige Organisationen im Libanon gegründet. Die **Society for Social Support & Education** (SSSE) ist eine von ihnen und als lokale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Beirut im Libanon registriert.

Die operative Leitung obliegt der Vorstandsvorsitzenden **Nimat Bizri** (im Bild links an der Kamed el Loz Schule im Jan. 2020), die direkt nach Ausbruch des Syrien-Krieges Anfang 2012 die ersten Bildungsprojekte für syrische Geflüchtete in der Bekaa-Ebene ins Leben gerufen hatte. Die aktive Rentnerin hat selbst syrische Wurzeln und war zuvor viele Jahre in den Vorstandsgremien anderer sozialer Organisationen tätig. Frau Bizri wird unterstützt durch eine Programmkoordinatorin, die aus dem Gesundheits- und Ernährungsbereich kommt und sich seit vielen Jahren als Freiwillige im sozialen Bereich engagiert und konkret seit 2017 für die Bildungsprojekte von SSSE arbeitet. Für die Arbeit in den Camps und in den Schulen gibt es ein Team aus insgesamt fünf MitarbeiterInnen, die inhaltlich, koordinierend sowie administrativ die Projektmaßnahmen begleiten und unterstützen. Frau Nimat Bizri leitet und betreut die Bildungsprojekte von insgesamt 3 Schulen in der Bekaa-Ebene auf ehrenamtlicher Basis. Außerdem betreut sie seit Beginn der Syrienkrise 2012 Nothilfemaßnahmen für die geflüchteten Familien. So wurden jährlich seit 2012 bis zu 3,000 Schülerinnen und Schülern der Zugang zu Bildung ermöglicht und deren Familien betreut und unterstützt. 2019 wurde SSSE neu ausgerichtet und wird nun auch vom libanesischen Bildungsministerium anerkannt. Durch diese stärkere Zusammenarbeit mit den Behörden kann die Bildungsperspektive für syrische Geflüchtete im Libanon auch langfristig gesichert werden.

Kontakt: Society for Social Support & Education, Tel. +961 3 984467, Email: nfbizri@socialsupporteducation.com , Website: www.socialsupporteducation.org

[1] RACE II; MEHE-PMU, March 2018.

SSSE finanziert sich hauptsächlich über Privatspenden sowie über Fördermitglieder und Charity-Veranstaltungen innerhalb des Libanons aber auch darüber hinaus im gesamten Nahen Osten. Der Großteil der Kosten des Bildungsprojektes wird als Teilfinanzierung der Sächsischen Staatskanzlei über den deutschen Verein arche noVa e.V. getragen. Die administrativen Angelegenheiten werden durch ein gewähltes Verwaltungsgremium geregelt. Das Gremium berichtet in monatlichen Meetings und mit schriftlichen Berichten über die Aktivitäten des Vereins. Jährlich findet eine Finanzprüfung statt, welche die Ausgaben im Zusammenhang mit den Aktivitäten und der Zielerreichung überprüft.

3. Projektbeschreibung

3.1 Zusammenfassung

Für die Sicherung der Finanzierung des Unterrichts für insgesamt bis zu 1300 Kinder und Jugendliche geflüchteter Familien aus Syrien im Alter von 3-14 Jahren für das Schuljahr 2021/2022 (September 2021-August 2022) an insgesamt drei Schulen in der Bekaa Ebene: der Gaza Schule, der Kamed el Loz Schule sowie der Bar Elias Schule, wird ein Zuschuss von **10,000 EUR** beantragt, um die Finanzierungslücke der Partnerorganisation SSSE zu decken.

Die beantragten Zuschüsse stellen den Eigenanteil der Partnerorganisation SSSE dar und garantieren somit das Fortbestehen der Bildungsprojekte von SSSE. Insgesamt beinhalten die Projektkosten Aufwandsentschädigungen für Lehrkräfte und Weiterbildungsmaßnahmen, Kosten für Schulmaterialien, Kosten für den sicheren Transport der Kinder zur Schule und zurück, die Betriebskosten für die Schulen und notwendige Personalkosten für den Unterhalt der Schulen bzw. auch Mittel zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Umsetzung der Projektmaßnahmen und zur ordentlichen Mittelbewirtschaftung.

Kinder aus der Gaza Schule in ihrem informellen Camp in der Bekaa Ebene, Februar 2020.

3.2 Beschreibung

Bei den von SSSE geführten Schulen handelt es sich um eine private Initiative die sich an Kinder von Geflüchteten richtet, für die staatliche Schulen keine ausreichenden Kapazitäten haben. Diese Schulen erfüllen insofern eine besondere Rolle, als dass sie Kinder an das Libanesische Curriculum heranführen und diese damit befähigen an eine staatliche Schule zu wechseln bzw. weiterführende Schulen in Libanon besuchen zu können. Die Schulen und die dort erworbenen Abschlüsse sind beim Bildungsministerium offiziell anerkannt. Laut UNICEF

erfüllen diese Schulen auch alle Kriterien für Schulprojekte zur Förderung von geflüchteten Kindern syrischer Familien.

Mädchen und Jungen im Alter von 3-14 Jahren (Kindergarten und Primarschule) erhalten an 5 Tagen in der Woche Schulunterricht. Der Unterricht findet nachmittags statt und wird von syrischen und libanesischen LehrerInnen durchgeführt. Die meisten Lehrkräfte sind bereits seit Oktober 2015 in dem Schulprojekt aktiv und sehr gut vertraut mit dem Lehrstoff des libanesischen Curriculums. Darüber hinaus gibt es ein regelmäßiges Angebot an **Fortbildungen**. Das Lehrpersonal erhält Nachweise sowohl über ihre Lehrtätigkeiten als auch über alle Weiterbildungen an denen sie erfolgreich teilgenommen haben. Mithilfe dieser Zertifikate können die Lehrkräfte selbst auch langfristig ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Die Eltern der Schulkinder sind der Schlüssel, wenn es darum geht in der Familie Bildung über kurzfristige wirtschaftliche Interessen zu stellen und die Kinder auch außerhalb der Schule beim Lernen zu unterstützen. Deshalb ist es SSSE und dem Lehrpersonal sehr wichtig, den Eltern die zentrale Bedeutung von Schulbildung für deren Kinder und ihrer zukünftigen Entwicklungsperspektiven bewusst zu machen. Lehrkräfte sowie VertreterInnen von SSSE besuchen regelmäßig die Camps und versuchen, Eltern von schulpflichtigen Kindern über Informationsveranstaltungen zu erreichen. Durch regelmäßige Besuche bei den Familien wird auch das soziale Umfeld bei der Betreuung berücksichtigt. Insbesondere wird darauf geachtet, dass die Schulkinder nicht zusätzlich zur Arbeit und zum Lebensunterhalt der Familie herangezogen und so vom Lernen ferngehalten werden. SSSE leistet zusätzlich zu ihrem Bildungsangebot auch direkte Nothilfe, indem beispielsweise Essenspakete oder warme Kleidung für die Wintermonate verteilt werden.

Viele der Kinder haben durch den Krieg und die Vertreibung Schreckliches erlebt. Es ist daher sehr wichtig, dass die Kinder auch über den eigentlichen Schulunterricht hinaus soziale und gesellschaftliche Betreuung und Förderung erhalten. Auch diesen Aspekt ermöglicht SSSE, indem es Chorveranstaltungen sowie weitere außer-schulische Aktivitäten und Programme insbesondere auch während der Ferienzeiten anbietet.

Zur Gesundheitsvorsorge werden außerdem medizinische Konsultationen für die Kinder und Jugendlichen angeboten und es gibt darüber hinaus psychologische Betreuungsangebote für Kinder und ihre Eltern. Insbesondere vor dem Hintergrund der COVID 19 Pandemie tragen regelmäßige medizinische Untersuchungen dazu bei, die Verbreitung des Corona Virus zu reduzieren. An dieser Stelle ist außerdem hervorzuheben, dass es SSSE gelungen ist, im letzten Jahr ein Distance-Learning Programm auf die Beine zu stellen, mit welchem nahezu durchgehend ein Lernprogramm für die syrischen Geflüchteten über den gesamten Pandemieverlauf hinweg aufrechterhalten werden konnte. Seit Januar 2021 stehen zudem insgesamt 160 SchülerInnen der höheren Primarklassen Tablets zur Verfügung, mit denen nun auch online-Unterricht, also live-Unterrichtseinheiten von Zuhause aus möglich sind. In Anbetracht der weltweiten Einschränkungen im Zugang zu hochwertiger Bildung während der Pandemie sticht dieser Projekterfolg umso mehr hervor, als dass die Herausforderungen für syrische Geflüchtete im Libanon auch ohne Pandemie bereits enorm waren und sind.

Das Projekt orientiert sich an Standards des Bildungssektors im Libanon und ist dadurch voll kompatibel zum staatlichen Schulsystem und bietet beste Voraussetzungen für eine nachhaltige, langfristige Wirkung.

4. Projektübersicht

4.1 Projektziele

- Verbesserter und kostenloser Zugang zur Schulbildung für syrische Mädchen und Jungen.
- Auf die besonderen Bedürfnisse von syrischen Kindern und Jugendlichen konzipierter Schulunterricht, der darauf abzielt, syrische SchülerInnen auf den Unterricht in öffentlichen Schulen im Libanon vorzubereiten. Insbesondere zählt hierzu der Englischunterricht.
- Die SchülerInnen erhalten Unterrichtsmaterialien und freien sicheren Transport zur Schule und wieder zurück nach Hause.
- Aufklärungsarbeit für syrische Eltern über Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.
- Integration von syrischem Lehrpersonal in das libanesische Schulsystem.
- Weiterbildung und Stärkung der Kapazitäten des syrischen und libanesischen Lehrpersonals.
- Verbesserter Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten und Lebensgrundlagen für die Lehrkräfte und sonstiges Schulpersonal.
- Formale Schulabschlüsse für die Kinder und Jugendlichen.
- Hygienemaßnahmen zur Vermeidung der Ausbreitung von COVID-19 an den Schulen.

4.2 Wirkungen des Projektes

- ✓ Durch den vorliegenden Projektvorschlag wird den Kindern und Jugendlichen ihr Recht auf Bildung gewährleistet, welches nicht zuletzt durch das universelle Nachhaltigkeitsziel 4 der Vereinten Nationen anerkannt wird und eine „inklusive, gerechte und hochwertige Bildung“ für alle fordert sowie die Förderung von Möglichkeiten des lebenslangen Lernens.
- ✓ Bildung hat eine maßgebliche Wirkung auf das Wohlbefinden von Kindern, ihre Entwicklung und Zukunftsaussichten, sowie auf Frieden, Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft. Defizite in der Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen haben vielschichtige (insbesondere langfristige) negative Konsequenzen auf die wirtschaftlichen und die sozialen Belange einer Gesellschaft. Regelmäßige Schulbesuche und Bildung vermeiden oft Kinderarbeit, Kriminalität und Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen.
- ✓ Bildung ist die wichtigste Voraussetzung, um Armut zu entkommen und vorzubeugen und die Chance auf ein besseres Leben zu haben: Gebildete Kinder sind selbstbewusster, werden weniger leicht ausgebeutet und können sich besser vor Krankheiten schützen.
- ✓ Insbesondere für traumatisierte Kinder bedeutet jeder Schultag ein Stück Stabilität, was ihnen Sicherheit und Hoffnung für die Zukunft bietet.
- ✓ Der Schulbesuch der Kinder schafft auch für die Familien eine Normalität, um dem oft zermürbenden Nichtstun etwas entgegenzusetzen und den Alltag zu strukturieren.
- ✓ Die syrischen Lehrkräfte erhalten Fortbildungen und können zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen.
- ✓ Bessere Chancen für einen erfolgreichen Start/Wechsel an öffentliche Schulen im Libanon.

4.3 Zielgruppe des Projektes

Mit den geplanten Maßnahmen werden insgesamt bis zu 1300 Kinder im schulfähigen Alter an den drei Schulen in Bekaa, Kamed El Loz sowie Bar Elias erreicht. Darüber hinaus profitieren von den Maßnahmen die Familien der SchülerInnen, der LehrerInnen, Administratoren, Fahrer und der Service Mitarbeitenden an den Schulen.

5. Nachhaltigkeit des Projektes

Das Projekt soll im Schuljahr 2021/2022 bis zu 1300 Kindern einen Schulbesuch ermöglichen und eine langfristige Perspektive bieten. Ein erreichter Klassen- bzw. Schulabschluss, das erlernte Wissen und die sozialen Fähigkeiten sind ein wichtiger Baustein in der Entwicklung der Kinder und dies bleibt ihnen ihr Leben lang erhalten.

Die intensive und strukturierte Kommunikation der Projektverantwortlichen und der Lehrkräfte mit den Familien der Schulkinder als auch mit Vertretern der libanesischen Gastgemeinden und die Miteinbeziehung aller Beteiligten in Entscheidungsprozesse, garantiert bestmögliche Voraussetzungen für die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen und optimalen Projekterfolg. Die Organisation Society for Social Support & Education betreibt schon seit vielen Jahren erfolgreich Schulprojekte in der Bekaa Ebene und wirbt Spendenmittel ein, die die Grundlage für eine langfristige Förderung der Schulprojekte bilden. Das beantragte Vorhaben ist so angelegt, dass es die eigenen Finanzierungslücken schließt und somit zur Erreichung des Gesamtvorhabens einen entscheidenden Beitrag leistet. Die enge Abstimmung SSSEs mit dem libanesischen Bildungsministerium trägt zudem dazu bei, den Erfolg zu verstetigen und eröffnet den syrischen Kindern und Jugendlichen langfristige Zukunftsperspektiven.

Finanzierungsplan für das Projekt "Schulbildung für die von der Syrienkrise betroffenen Kinder in der Bekaa-Ebene im Libanon für das Schuljahr 2021/2022"

Aktivität	Total Budget Sep 2021 - Aug 2022
Aufwandsentschädigungen für Lehrkräfte	€ 257.689
Laufende Kosten für 3 Schulen	€ 21.110
Unfallversicherung für SchülerInnen und MitarbeiterInnen (incident insurance)	€ 4.677
Fahrtkosten der SchülerInnen zur Schule	€ 66.288
Monitoring Kosten SSSE	€ 10.701
Schulbücher und Transportkosten nach Bekaa	€ 6.369
Workshops/monatliche Mitarbeiterversammlungen	€ 6.824
Aufwandsentschädigungen für Schuldirektoren	€ 32.757
Aufwandsentschädigungen für Schulkoordinatoren	€ 31.665
Supervisoren	€ 54.049
Aufwandsentschädigungen für Reinigungskräfte	€ 22.930
Aufwandsentschädigungen für Logistiker/Admin	€ 8.735
Aufwandsentschädigungen für Arzt	€ 5.460
Aufwandsentschädigungen für Sicherheits Mitarbeiter	€ 13.103
Aufwandsentschädigung für Projektkoordinator/Finanzkraft	€ 15.833
Aufwandsentschädigung für Curriculum Koordinator	€ 24.022
Aufwandsentschädigung/Transport der Kinder, Choraktivitäten	€ 3.276
Gesamt Projektkosten für 3 Schulen	**€ 585.487**
Finanziert über Drittmittel	**€ 526.938**
Fehlbedarf SSSE	**€ 58.549**
Anteil AAW	**€ 10.000**

Fairtrade Deutschland fordert:
Die Bundesregierung muss Instrumente entwickeln, um jegliche Gesetzes-/Regulierungs- und Subventionsentscheidungen auf ihre menschenrechtlichen, sozialen, und ökologischen Folgen auch in Bezug auf Drittstaaten und ihre Kohärenz mit den Globalen Nachhaltigkeitszielen zu überprüfen und ggf. zurückzuweisen. Alle Entscheidungen müssen sowohl einen armutsreduzierenden Ansatz wie auch der Klimaverträglichkeit verfolgen.
Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) muss sich gemeinsam mit anderen Fachministerien innerhalb der Bundesregierung – namentlich die Wirtschafts-, Landwirtschafts-. und Umweltressorts - dafür einsetzen, dass Maßnahmen zur Förderung gerechter Handelsstrukturen sowie sozialer Sicherheit von Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen in Ländern des globalen Südens ausgebaut werden.

Hunger bekämpfen durch eine nachhaltige Landwirtschaft (SDG 2)

Kleinbäuer*innen erzeugen circa 70 Prozent der Nahrungsmittelproduktion aus Entwicklungsländern.1 Sie produzieren Lebensmittel unter immer schwierigeren Bedingungen, sind betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels2, eingeschränktem Zugang zu Landflächen sowie der politischen Benachteiligung gegenüber Agrar-Großbetrieben ebenso wie in der aktuellen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Sie leiden außerdem unter extremen, oft spekulationsbedingten Preisschwankungen, die einer der Gründe dafür sind, dass der konventionelle Handel ihnen keine nachhaltige Lebensgrundlage sichert. Dabei ist es überlebensnotwendig, dass Kleinbäuer*innen mit einem stabilen Einkommen rechnen können, um in ihre Betriebe zu investieren und langfristige Lebensmittelsicherheit für ihre Familien und Dörfer, aber auch für die Gesamtbevölkerung im ländlichen Raum zu erreichen.
Die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) hat bereits im Weltagrarbericht 20083 wissenschaftlich belegt, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft die nachhaltigste Form der Landwirtschaft und der Hungerbekämpfung weltweit ist. Auch aus diesen Gründen fordert die UNDROP den besonderen Schutz von Kleinbäuer*innen weltweit.

Fairtrade Deutschland fordert:
Die Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, (Land-)Wirtschafts- und Handelspolitik muss aktiv die kleinbäuerliche Landwirtschaft als nachhaltigste landwirtschaftliche Produktionsform in Ländern des Südens fördern und unterstützen.
Abkehr von einem exportorientierten, industrialisierten Landwirtschaftsmodell, das zur Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern des Südens beiträgt.
Entstehende Nachteile kleinbäuerlicher Produzent*innen infolge der Veränderung von Handelsregeln müssen kompensiert und Anpassungen ermöglicht werden.
Zahlung existenzsichernder Löhne für alle Arbeiter*innen in landwirtschaftlichen Lieferketten.
Ressourcen- und Lebensmittelverschwendung muss beendet werden.

Ausbau von Bildung und Weiterbildung für nachhaltige Entwicklung (SDG 4)

Fairtrade Deutschland begrüßt die Weiterführung des verabschiedeten Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) (2015-2019) in das Programm der UNESCO „ESD for 2030“4 und schreibt diesem eine entscheidende Rolle bei der Erreichung des SDG 4 zu, im Speziellen SDG 4.7.5

Fairtrade Deutschland fordert:
Eine dauerhafte und strukturelle Verankerung von BNE in allen schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen unter Einbezug der Zivilgesellschaft und entsprechende Förderprogramme von Bund und Ländern. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, Kompetenzen zu BNE zu erlangen und diese umzusetzen.
Schulen, Universitäten und Bildungsprojekten müssen dabei unterstützt werden, sich als hochwertige Bildungsstandorte in Bezug auf BNE zu positionieren und einen ganzheitlichen Ansatz von BNE umzusetzen.

Verstärkte Unterstützung der Kampagnen Fairtrade-Schools und Fairtrade-Universities sowie weiterer Nachhaltigkeitskampagnen im Bildungssektor.
Die Bekämpfung von Rassismus muss in den BNE-Kanon aufgenommen werden.

Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5)

Geschlechtergerechtigkeit zu fördern ist eines der erklärten Ziele von Fairtrade. Frauen spielen weltweit eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Armut und Hunger. Nach Untersuchungen der FAO hat die (Aus-)Bildung von Frauen und Mädchen direkten Einfluss auf die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen. Fairtrade-Standards und -Projekte beinhalten konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Frauen und Mädchen sowie zur Verbesserung ihrer Teilhabe an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen und -positionen, zur Bekämpfung von Diskriminierung und geschlechtsbasierter Gewalt. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen die erfolgreiche Wirkung der verschiedenen Ansätze,6 jedoch auch die vielfältigen Hindernisse bei der Umsetzung vor Ort. Kein Recht auf Landbesitz oder den eigenständigen Abschluss von Verträgen, mangelnde Anerkennung der Kreditwürdigkeit, mangelnder Zugang zu Informationen und Betriebsmitteln, mangelnde Umsetzung und unzureichender Schutz von Frauenrechten in nationalen und traditionellen Rechtssystemen sind Herausforderungen, die politisches Handeln notwendig machen.7

Fairtrade Deutschland fordert:

Geschlechtergerechtigkeit ist ein Grundsatz deutscher Entwicklungspolitik. Dementsprechend muss die Bundesregierung ihre Möglichkeiten auch auf internationaler Ebene aktiv nutzen, Frauenrechte und Gleichberechtigung voranzutreiben.
Die Bundesregierung und Ministerien müssen in Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, Handels- und Außenpolitik geschlechtergerechte Ansätze verfolgen, geschlechtsspezifische Diskriminierung entgegenwirken und Frauenrechte und -teilhabe aktiv fördern. Dies umfasst z.B. eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik einschl. entsprechender Finanzierung und Gender-Budgeting.
Die Bundesregierung und Ministerien müssen sich im politischen Dialog mit Partnerländern noch stärker für die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und darauf hinwirken, Gender-Mainstreaming als Leitprinzip einzuführen. Auch müssen die Verpflichtungen, die sich aus internationalen Vereinbarungen ergeben, wie beispielsweise aus der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, dem Kairoer Aktionsprogramm, der Pekinger Aktionsplattform sowie aus der UN-Resolution 1325 ins Leben gerufenen Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die Istanbul-Konvention8 und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women), erfüllt werden - bzw. muss die Bundesregierung selbst entsprechende internationale Abkommen ratifizieren (ILO Convention 190 gegen Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz).
Folgenabschätzungen von neuen Handelsabkommen oder -regularien müssen die Auswirkungen auf die Situation von Frauen gezielt einbeziehen. Dies betrifft u.a. die Verabschiedung geschlechtergerechter Gesetze zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeitsbedingungen (SDG 8)

Nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftswachstum, von dem breite Bevölkerungsschichten profitieren, lässt sich nur erreichen, wenn das Recht auf Arbeitsplatzsicherheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitskräfte weltweit erfüllt ist, wenn Menschen eine existenzsichernde Bezahlung für ihre Produkte und/oder einen existenzsichernden Lohn9 für ihre Arbeit erhalten, mit dem sie nicht nur überleben, sondern sich entwickeln können, und wenn ausbeuterische Kinderarbeit und Zwangsarbeit10 abgeschafft werden.

Fairtrade Deutschland fordert:

Menschen- und umweltrechtliche Unternehmensverantwortung ist weltweit weiterhin meist eine freiwillige Angelegenheit. Die Bundesregierung muss für einen wirksamen Schutz von Menschenrechten und der Umwelt ein ambitioniertes und geschlechtergerechtes Lieferkettengesetz gemäß der UN-Leitprinzipien in Deutschland umgesetzt und die Initiativen für Regelungen auf EU- und UN-Ebene11 aktiv unterstützen.

Die EU muss durch eine ambitionierte europäische Richtlinie zu menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflichten (Human Rights and Environmental Due Diligence, HREDD) Druck auf Deutschland und weiter Mitgliedsstaaten ausüben, wirkungsvolle nationale Gesetze zu menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflichten zu erlassen.

Im Schiffstransport sind die Beschäftigungsbedingungen entlang der gesamten Lieferkette zu verbessern, indem auf Einhaltung der in Unterorganisationen der UNO und der durch weltweite Gewerkschaftsverbände wie der Internationalen Transportarbeiterföderation durchgesetzten, weltweit gültigen Tarifverträge geachtet wird. Das gilt ausdrücklich auch für Importeure von fair gehandelten Produkten.

Die EU und die Bundesregierung müssen verbindliche internationale Vorgaben zum Schutz von Mensch und Umwelt in globalen Lieferketten durchsetzen, insbesondere den Schutz von Kindern, Frauen und verletzlichen Gruppen wie Saison- und Wanderarbeiter*innen vor Ausbeutung.

Wirtschaftsverbände müssen in eigenen verbindlichen Richtlinien und Vorgaben den Schutz von Menschenrechten und Umwelt deutlich stärken und bei ihren Mitgliedern überprüfen.

Entwicklungspolitik, der Finanzsektor und Unternehmen müssen den Zugang zu Vorfinanzierung, landwirtschaftlichen Krediten und relevanten Versicherungen für kleinbäuerliche Produzentenorganisationen (z.B. Ernteausfallversicherungen; Anpassung an den Klimawandel) in Ländern des Südens verbessern.

Schutz von Kindern vor ausbeuterischer Kinderarbeit durch Umsetzung der entsprechenden ILO-Kernarbeitsnormen (ILO, International Labour Organization: Internationale Arbeitsorganisation der UN).

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12)

Die wachstumsorientierte ökonomische Realität produziert Wohlstand und Wachstum v.a. im globalen Norden sehr oft durch die Zerstörung ökologischer, sozialer und kultureller Lebensprozesse und -strukturen im globalen Süden. Agrarindustrielle Landwirtschaft, z.B. die Vernichtung des brasilianischen Regenwaldes durch die Agrarindustrie, tragen zu irreversiblen Klimaveränderungen („tipping points“) mit global katastrophalen Folgen bei. Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion muss alle Ebenen von Nachhaltigkeit, d.h. soziale, kulturelle, ökologische und ökonomische Kriterien umfassen und auf den allgemeinen Menschenrechten und anderen internationalen Menschenrechts- und Umweltkonventionen basieren.

Fairtrade Deutschland fordert:

Die EU und die Bundesregierung müssen die gezielte Förderung kleinbäuerlicher Produktionsformen sowie des ökologischen Landbaus und anderer umwelt- und klimafreundlicher Produktionsmodelle in Entwicklungsländern zum Erhalt der Arten- und Sortenvielfalt innerhalb einer nachhaltigen EU-Agrarpolitik unterstützen (EU Farm to Fork, EU Green Deal) und diese in internationalen Handelsabkommen verankern.

Die EU und die Bundesregierung müssen die kleinbäuerliche, lokale und standortgerechte Agrarproduktion in den Ländern des Südens fördern und subventionierte Exporte aus dem globalen Norden auf ihre teilweise zerstörerische Wirkung überprüfen. Entsprechende Subventionen müssen eingestellt werden.

Die EU und die Bundesregierung müssen eine verbindliche Berichtspflicht zur Nachhaltigkeit in Unternehmen einführen und eine klare Sorgfaltspflicht und Verantwortungsübernahme für Menschenrechte und Umwelt in globalen, regionalen und lokalen Lieferketten durch alle Akteure, inklusive der Zahlung von existenzsichernden Löhnen gesetzlich verankern. Die bloße Beteiligung an Multistakeholder-Initiativen darf kein Ersatz für konkrete Maßnahmen sein.

Die EU und die Bundesregierung müssen ausgeglichene Machtverhältnisse in landwirtschaftlichen Wertschöpfungs-

ketten fördern.12
Die EU und die Bundesregierung müssen Mechanismen schaffen, durch die die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion im Agrarbereich („true costs“) in Produzentenpreisen enthalten sind. So wird Sozial- und Umweltdumping verhindert.13
Die EU und die Bundesregierung müssen nachhaltige Steuersysteme schaffen, z.B. durch die Einführung einer ökologisch und sozial orientierten Mehrwertsteuer (geringere, geringerer Zoll- und Steuersätze für nachhaltig zertifizierte Konsumgüter, geringere und geringerer Unternehmenssteuer für nachhaltige Unternehmen), schaffen. Die Bundesregierung muss sozial- und umweltschädliche Wirtschaftspraktiken höher besteuern und insbesondere einen Preis für CO2-Emissionen festlegen, der eine spürbare Lenkungswirkung in Richtung dekarbonisierter Wirtschaftsmodelle hat.
Die Preise von Konsumgütern müssen die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten entlang der Lieferketten enthalten, d.h. die ökologischen und sozialen Kosten der Herstellung und der Lieferketten dürfen nicht weiter externalisiert ‚werden. Sozial- und Umweltdumping muss eliminiertsanktioniert werden.
Konsequente Anwendung des rechtlichen Rahmens zur Förderung der ökologisch nachhaltig und sozialfairen öffentlichen Beschaffung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene (bessere Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/24/EU und der Ländergesetze zur öffentlichen Beschaffung).
Wahrnehmung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand für nachhaltigen Konsum.
Schaffung und Wahrung eines soliden gesetzlichen Rahmens für die öko-faire Beschaffung, der auch im Kontext von Freihandelsabkommen Gültigkeit hat.
Förderung von Kampagnen (wie Fairtrade-Towns, Fairtrade-Schools und Fairtrade-Universities) und Projekten, die über Aktivitäten in Städten, an Schulen und Universitäten die Mobilisierung für einen nachhaltigen Konsum stärken.

Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)

Der Klimawandel ist zu einer maßgeblichen Bedrohung kleinbäuerlicher Lebens- und Anbauweisen sowie generell der landwirtschaftlichen Produktion in verletzlichenvielen Weltregionen geworden. Zunehmende Starkwetterereignisse und veränderte klimatische Anbaubedingungen erfordern Anpassungsmaßnahmen und teilweise die vollständige Umstellung von Produkten oder Verlagerung der Produktion in andere Regionen, die von Kleinbauerngemeinschaften mit kleinen Plantagen alleineallein kaum zu leisten sind. Gleichzeitig zeigen Studien, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft eindeutig die nachhaltigste Form der Landwirtschaft mit dem geringsten eigenen Beitrag zum Klimawandel ist.

TransFairFairtrade Deutschland fordert:

Ausgehend vom Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 müssen Industriestaaten und Unternehmen Anpassungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen in der landwirtschaftlichen Produktion an den Klimawandel finanzieren, dies gilt v.a. für die kleinbäuerliche Produktion in Entwicklungsländern.
Klimarelevante Emissionen entlang von Lieferketten müssen verringert und kompensiert werden.werden. Bezüglich der Transportemissionen fordert Fairtrade Deutschland eine ordnungspolitische Rahmensetzung zur Förderung eines umweltfreundlicheren Transportes, wie etwa eine CO2-Steuer oder -Abgabe, und eine niedrige Mehrwertsteuer für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen. Verbleibende transportbedingte CO2-Emissionen entlang von Lieferketten müssen durch kostenpflichtige Kompensation klimaneutral ausgeglichen werden14 (offsetting), bevorzugt durch Maßnahmen innerhalb von Lieferketten (insetting). Klimaneutrale Verbraucherprodukte sind gezielt zu fördern, z.B. durch geringere Mehrwertsteuer-Sätze.
Gezielte Förderung von biodiversitätsfördernden Praktiken und der nachhaltigsten landwirtschaftlichen Produktionsform – der kleinbäuerlichen Landwirtschaft – in den Ländern des globalen Südens, u.a. zum Schutz und der Stärkung der landwirtschaftlichen Sortenvielfalt.

Allgemeine Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen, gemeinsames Handeln und Politik-Kohärenz (SDG 17)
Fairtrade Deutschland begrüßt insbesonderespeziell die übergreifenden Forderungen in den Zielen 17.10: Die Förderung eines universellen, regel-basierten, offenen, nicht-diskriminierenden, gerechten multilateralen Handels-

systems15 und 17.14: Die Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung verbessern.16 TransFairFairtrade Deutschland ist überzeugt: Die globalen Nachhaltigkeitsziele müssen zum zentralen Leitbild einer eng zusammenstehenden Europäischen Union werden und damit eine neue gemeinsame Vision für die Zukunft schaffen.

TransFairFairtrade Deutschland fordert:

Anpassung des Wettbewerbsrechts hinsichtlich Ermöglichung sektoraler Nachhaltigkeitsinitiativen zur Zahlung von existenzsichernden Löhnen und Einkommen.17

Erneuerung des Regelwerks der europäischen Wettbewerbspolitik zur Vermeidung unfairer Handelspraktiken. Einführung strengerer Durchsetzungsmechanismen und Beendigung unlauterer Handelspraktiken innerhalb der EU und durch hier ansässige Unternehmen weltweit.

Aktive Gestaltung von Politik im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den Mitgliedsstaaten.

Keine Marktöffnungsforderungen zu Lasten der regionalen Wirtschaftsstrukturen, Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen in Ländern des globalen Südens.

Handelsabkommen müssen sozial und ökologisch tragfähige Wirtschaftsmodelle fördern und die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards garantieren.

Kohärenz von Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, Wirtschafts-/Handels-/Agrar-, Umwelt- und EntwicklungspolitikAgrarpolitik im Sinne der globalen Entwicklungsziele.

Regelmäßige unabhängige menschenrechtliche und ökologische Folgenabschätzungen jeglicher Gesetzes- und Regulierungsinitiativen sowie Subventionsentscheidungen, auch in Bezug auf Drittstaaten.

Update der Politischen Forderungen – Überblick über die Veränderungen

Fünf Jahre nach ihrer Verabschiedung in der Mitgliederversammlung hat TransFair e.V. aufgrund der sich wandelnden politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die politischen Forderungen des Vereins aktualisiert. Folgende Änderungen bestehen zwischen dem vorliegenden Entwurf und der 2017 verabschiedeten Version:

Inhaltliche updates

Das Unterstreichen des Einsatzes von Fairtrade für existenzsichernde Löhne und Einkommen im Einklang mit der neuen Fairtrade Strategie für 2021-2025
Klimagerechtigkeit als elementarer Bestandteil eines gemeinsamen Narrativs für fairen Handel bedeutet mehr Prominenz in den Forderungen für den Kampf gegen die Klimakrise und den Erhalt von Biodiversität
Anpassungen an die sich konkretisierende Debatte zu den menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflichten (Human Rights and Environmental Due Diligence, HREDD)
Bezug und verstärkte Verweise auf die in der Zwischenzeit (auch mit Unterstützung von Fairtrade) verabschiedeten Rechte von Kleinbäuer*innen und der Landbevölkerung (UNDROP)
Stärkung der Aspekte zu Geschlechtergerechtigkeit
Neue Elemente
Die Forderungen sind erweitert um eine Beschreibung warum Fairtrade politisch arbeitet
Den Forderungen vorangestellt sind Leitsätze, die zusammenfassen aus welcher Perspektive und mit welchem spezifischen Fokus sich Fairtrade an die Politik wendet:
1. Ein Fokus auf die Verwirklichung von Menschenrechten in Handelsketten, der ausdrücklich existenzsichernde Löhne und Einkommen einschließt
2. ein holistisches Verständnis von Nachhaltigkeit, das Fairness unabdingbar beinhaltet
3. das stetige Aufbringen der Preisfrage und Betonung der Bedeutung der Frage, wer die Kosten trägt und was zu ihrer Berechnung gezählt wird (Stichwort wahre Kosten)
Nach den Forderungen wurde ein Teil ergänzt mit den Strategien und Absichten, die erläutern wie Fairtrade diese Forderungen mit Partnern und Stakeholdern angehen will. Diese sind zusammengefasst unter den folgenden Aspekten:
Best Practices als Vorbild setzen
Menschen zum Handeln bewegen
Politik direkt beeinflussen
Änderungen
Die sogenannten „Kernelemente“ aus der alten Version wurden in Querschnittsforderungen umgewandelt und den konkreten Forderungen vorangestellt.

Direktvergleich der konkreten Forderungen von 2017 und 2021

Armutsbekämpfung (SDG 1)

Extreme soziale Ungleichheit und mangelnder Zugang zu Ressourcen (wie beispielsweise Bildung, Land oder Investitionskapital) ist ein Hauptfaktor für Armut, der viele Menschen zwingt, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse einzugehen. Kleinbauernkooperativen werden in vielen Ländern per se nicht als kreditwürdig angesehen, daher sind sie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt und gegenüber Großunternehmen strukturell benachteiligt. Mangels Investitionsmöglichkeiten und Rücklagen sind sie für Naturkatastrophen oder veränderte Anbaubedingungen z.B. durch den Klimawandel vielfach nicht ausreichend gewappnet.